

- die Abschaffung von Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen und Kapitalgesellschaften,
- die Einführung EU-weiter Mindestsätze und Bemessungsgrundlagen für Körperschaftssteuern,
- * die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer - sowie Ökosteuern, die der Umwelt dienen.

STARKER STAAT GEGEN DIE KRISE

„Ein starker Staat ist die Voraussetzung zur Bewältigung der Wirtschaftskrise“, ergänzte dazu Thomas Kattinig, Internationaler Sekretär der GdG-KMSfB. Der öffentliche Dienst muss in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber, Investor und Garant für sozialen Ausgleich gerade in schwierigen Zeiten handlungsfähig bleiben.

„Die Krise wird offensichtlich dazu benutzt, die Weichen für ein europäisches Wettbewerbsmodell der niedrigsten Löhne und Sozialstandards zu stellen“, stellte Kattinig fest. Schon bei der Umsetzung der Rettungspakete für Griechenland und Irland hatte die Kommission massiv auf Einsparungen im öffentlichen Dienst, Pensionen und die Senkung von Mindestlöhnen gedrängt.

EU: AUSBRUCH AUS DER GEISELHAFT

„Die Europäische Politik muss endlich wieder selbst tätig werden und sich aus der Geiselhaft der Finanzmärkte und Ratingagenturen befreien“, sagte Kattinig. Neoliberale Kräfte in der EU missbrauchen die an sich sinnvolle Idee einer koordinierten Wirtschaftspolitik zur Beschneidung des Staates und seines Aufgabenbereichs.

GEMEINDEN WERDEN AUSGEHUNGERT

„Es drohen Verschlechterungen bei den Einkommen der Beschäftigten in den Gemeinden und in Folge Einschnitte bei den Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben große Sorgen, dass die massiven Eingriffe und die finanzielle Aushungierung der Gemeinden sehr bald die Bevölkerung zu spüren bekommen wird“, stellte Christian Meidlinger klar. Die GdG-KMSfB hat daher gemeinsam mit der „Allianz Wege aus der Krise“ eine Resolution verfasst, die BürgermeisterInnen und Gemeinden unterstützen soll, und die die ausreichende Finanzierung der kommunalen Aufgaben fordert. Für die GdG-KMSfB ist klar, dass Europa einen Kurswechsel braucht: mehr Gerechtigkeit, Wachstum und Beschäftigung.

Um diesen Kurswechsel weltweit zu erzwingen, startet die Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) die globale Kampagne für „Qualitativ hochwertige öffentliche Dienste“. Die Kampagne „Kommunale Grundversorgung sichern“ ist eine ergänzende Maßnahme auf österreichischer Ebene und richtet sich an BürgermeisterInnen und Gemeinderäte/-rätinnen in Österreich. Ziel ist, die finanzielle Basis für die Erbringung qualitativ hochwertiger kommunaler Grundversorgung zu schaffen.

Infos im Internet:

www.gdg-kmsfb.at

<http://www.kommunale-grundversorgung-sichern.at/>

AMNESTY
INTERNATIONAL



Sabine Vogler

Sprecherin der AI-Arbeitsgruppe
für verfolgte GewerkschafterInnen



Guatemala: Gewerkschafter erschossen

Am Morgen des 13. September 2011 machte sich der guatemaltekeische Gemeindebedienstete Byron Arreaga wie immer auf den Weg in die Arbeit. Noch bevor er sein Auto erreichte, feuerten Unbekannte Schüsse auf ihn ab. Er wurde im Magen und am Kopf getroffen und erlag seinen Verletzungen.

Byron Arreaga arbeitete im Grundbuchamt. Im Februar 2010 gründeten seine KollegInnen und er die Betriebsgewerkschaft SITRASEREPRO (Sindicato de Trabajadores Administrativos del Segundo Registro de la Propiedad). Eines ihrer zentralen Themen war der Kampf gegen die Korruption. Ein dreiwöchiger Streik der GewerkschafterInnen im August 2011 führte zur Absetzung des damaligen Leiters des Grundbuchamtes.

Amnesty International sieht die Ermordung von Byron Arreaga in dessen gewerkschaftlichem Engagement begründet und ist um die Sicherheit seiner GewerkschaftskollegInnen besorgt. Immer wieder fallen GewerkschafterInnen in Guatemala Morden zum Opfer.

Die Arbeitsgruppe für verfolgte GewerkschafterInnen bietet unter <http://gewerkschafterInnen.amnesty.at> eine Appellaktion zum Schutz der GewerkschafterInnen in Guatemala an.

Erfolg: Su Su Nway ist frei

Die Arbeitsrechtsaktivistin Su Su Nway aus Myanmar (Burma) wurde im Rahmen einer Amnestie im Oktober 2011 freigelassen. Su Su Nway, bekannt wegen ihres mutigen Einsatzes gegen Zwangsarbeit, war zu zehn Jahren Haft verurteilt worden (siehe Exklusiv, Frühling 2010). Amnesty International begrüßt die Freilassung von Su Su Nway, fordert aber die Freilassung weiterer Gewissensgefangener. Mindestens 1.800 politische Gefangene befinden sich in Myanmar noch hinter Gittern.